

Bundeskasse: Für wen das Geld

Wenn Hoteliers und Bauern jammern, geben sich Bundesrat und Parlament spendabel. saldo zeigt, wer in Bern die besten Chancen auf hohe Subventionen hat. Und für wen das Geld meist nicht reicht.



222 Millionen

So viel erhält **Schweiz Tourismus** für die nächsten drei Jahre – 35 Millionen mehr als beantragt.

2,77 Milliarden

So viel kosteten die Direktzahlungen 2010 an die **Landwirtschaft** – Tendenz seit Jahren steigend.



Parlamentarier können durchaus spendabel sein. In der Herbstsession sprachen sie Schweiz Tourismus für die nächsten drei Jahre 222 Millionen Franken zu. Die Marketingorganisation für die touristische Landeswerbung erhält damit 35 Millionen mehr als vom Bundesrat vorgesehen. Weitere 100 Millionen hat das Parlament für die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit ausgeben.

Doch zufrieden sind die Hoteliers mit den zusätzlichen Millionen noch nicht. Der Verband Hotellerieuisse verlangt, dass der Bund zusätzlich befristet auf ein Jahr auf die Mehrwertsteuer von heute 3,8 Prozent für Übernachtungen verzichtet. Der Null-Satz würde für den

Bund einen Steuerausfall von rund 150 Millionen Franken bedeuten. In der Wirtschaftskommission des Nationalrats wurde die Forderung von Hotellerieuisse bereits wohlwollend aufgenommen. Laut Kommissionspräsident Hansruedi Wandfluh (SVP) ist eine befristete Senkung auf null «denkbar».

Was befristet heisst, weiss man aus der Vergangenheit: Bereits Mitte der Neunzigerjahre jammerte die Branche und erwirkte, dass für Hotelübernachtungen der damalige Mehrwertsteuersatz von 6,5 Prozent für fünf Jahre auf einen Sondersatz von 3 Prozent gesenkt wurde. Steuerausfall für die Bundeskasse: 140 Millionen Franken pro Jahr. Das Provisorium gilt noch heute.

Ähnlich verwöhnt wird die Landwirtschaft. Die Zahl der Betriebe und Bauern schrumpft von Jahr zu Jahr, gleichzeitig steigen die Subventionen. Allein die Direktzahlungen an die Bauern sind von 2005 bis 2010 um 305 Millionen auf 2,77 Milliarden Franken gewachsen. Hinzu kommen Subventionen wie Beiträge zur Absatzförderung der Überproduktion, Zulagen für die Milchwirtschaft oder Beihilfen für den Pflanzenbau von ein paar Hundert Millionen Franken.

Tritt ein aussergewöhnliches Ereignis ein, fordern die Bauern reflexartig noch mehr Staatshilfe. So hat der Bundesrat die von der Ehec-Krise betroffenen Gemüsebauern heuer mit 3 Millionen Franken ent-

schädigt. Die Landwirte hatten geklagt, dass ihnen grosse Verluste entstanden seien wegen der Falschmeldung, die Durchfall-Epidemie sei durch spanische Gurken ausgelöst worden.

«Viele Parlamentarier sind deklarierte Interessenvertreter»

Beiträge an die Bauern und die Tourismusbranche sind in der Regel unbestritten. Denn sie haben im Parlament die grössten Lobbys.

Margret Kiener Nellen (SP), Präsidentin der nationalrätlichen Finanzkommission, bestätigt dies: «Viele Mitglieder des Parlamentes sind deklarierte Interessenvertreter grosser Lobbys. Die Einflussmacht im Parlament ist also abhängig von der Zahl der Interessen-

vertreter.» Einige Beispiele zeigen, wer im Parlament wirklich das Sagen hat:

■ **Direkt ins Bundeshaus** reicht der Arm des Wirtschaftsdachverbandes Economieuisse: Wenn er mit Arbeitsplatzabbau droht, werden rasch Gelder bereitgestellt – gesunde Unternehmensbilanzen hin oder her. Besonders Unternehmen, die für den Export produzieren, profitieren von direkter monetärer Hilfe des Steuerzahlers. Konkret: Wegen der Stärke des Fränkens macht das Parlament zusätzlich 500 Millionen Franken locker für Kurzarbeitsentschädigungen.

■ **Seit Jahren** profitiert die exportierende Nahrungsmittelindustrie im Rahmen

immer reicht



76,7 Millionen

Mit dieser Summe wurden Firmen der Nahrungsmittelbranche wie Nestlé oder Emmi im letzten Jahr unterstützt.



5 Milliarden

So hoch ist das neue Militärbudget – für Kampffjets wurde es um 600 Millionen aufgestockt.

KEYSTONE, REUTERS

des sogenannten Schoggi-Gesetzes von Steuergeldern. Letztes Jahr haben Unternehmen wie Nestlé, Emmi, Lindt und Kambly insgesamt 76,7 Millionen Franken vom Bund erhalten. Weil Rohstoffe wie Milchpulver oder Butter in der Schweiz teurer sind als im Ausland, werden sie für die Lebensmittelhersteller verbilligt – allerdings nur für Exportgüter. Absurde Folge: Ausländische Konsumenten erhalten Schweizer Lebensmittel günstiger als die Schweizer.

■ Dank willigen Helfern im Parlament gelingt es Pharmaunternehmen seit Jahren, den Import von im Ausland günstigeren Medikamenten zu verhindern. Das beschert den Schweizer

Pharmaunternehmen fette Gewinne in der Schweiz.

■ Diesen Herbst hat das Parlament den Wunsch von Arme und Rüstungsbetrieben erfüllt und das Militärbudget für den Kauf von Kampffliegern um 600 Millionen auf 5 Milliarden Franken jährlich aufgestockt.

■ Intensiv hätscheln die Räte auch die Banken. Quasi über Nacht konnte der Bund

FORUM

Wo geben Bundesrat und Parlamentarier zu viel Geld aus?

Schreiben Sie an: saldo, Postfach 723, 8024 Zürich, redaktion@saldo.ch. Oder diskutieren Sie im Internet unter www.saldo.ch.

2008 für die UBS ein Rettungspaket von 68 Milliarden Franken bereitstellen.

Zudem profitiert die Finanzbranche von Steuerbefreiungen – eine indirekte Art der Subventionierung. So verzichtet der Bund teilweise auf die Mehrwertsteuer aus dem Geld- und Kapitalverkehr in der Höhe von 380 Millionen Franken. Ferner ist die Nichtbesteuerung der Kapitalgewinne aus Privatvermögen für die Banken ein grosser Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Vermögensanlagen.

Gespart wird bei jenen, die Unterstützung am nötigsten hätten

Die Aufzählung zeigt: Wer hat, dem wird gegeben. Kein Geld hat es hingegen für jene, die nicht einmal für

ihren Lebensunterhalt aufkommen können:

■ Als es im Jahr 2009 darum ging zu entscheiden, wie die Invalidenversicherung (IV) saniert werden soll, konnten Bundesrat und Parlament angeblich keine Bundesgelder auftreiben. Sie wählten den Weg über die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Das heisst: Der Bürger soll zusätzlich zahlen. Dabei ist die Mehrwertsteuer die unsozialste Steuer: Sie trifft Leute viel stärker, die das gesamte Einkommen für den Lebensbedarf ausgeben müssen.

Dabei gäbe es Alternativen: Die Unfallversicherer (Suva und private Gesellschaften) machen Milliardengewinne. Eine Zusammenlegung der beiden Versicherungsspar-

ten, die beide Renten für Erwerbsunfähige zahlen, hätte der IV aus der Patsche geholfen – ohne dass der Steuerzahler zur Kasse gebeten worden wäre.

■ Auch für das Stopfen des Defizits der Arbeitslosenversicherung war angeblich kein Geld vorhanden. Deshalb beschlossen die Räte eine Sanierung auf Kosten der Angestellten mit höheren Lohnabzügen. Und auf Kosten der Arbeitslosen mit weniger Taggeldern. Inzwischen haben sich die Prognosen des Bundes als zu pessimistisch erwiesen: Statt 4,9 betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 nur 3,8 Prozent. Mittlerweile ist sie sogar auf 2,9 Prozent gesunken.

Thomas Lattmann